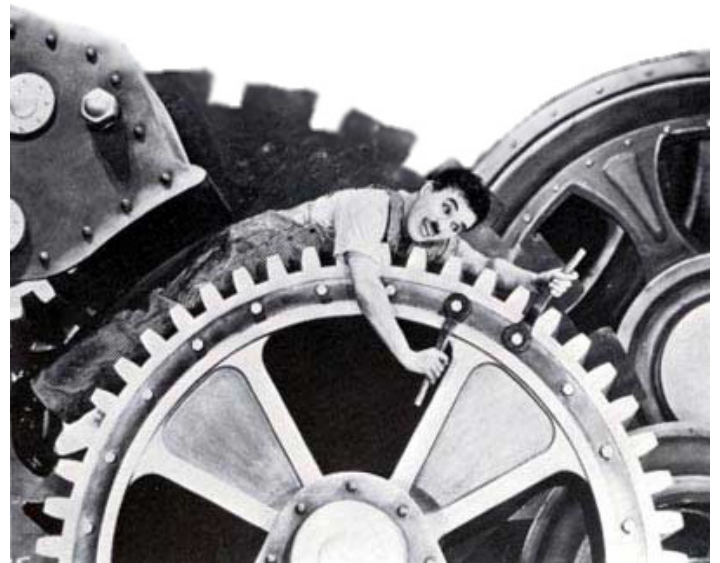


„Zukunfts“bild & Gewerkestrategie: Arbeiten bis zum Umfallen oder kämpfen für ein menschenwürdiges Leben?

In mehreren Arbeitsgruppen sollen demnächst Betriebsräte und Arbeitgebervertreter über ein sogenanntes „Zukunfts-bild“ für das Bremer Werk Verhandlungen aufnehmen. Verhandlungspunkte sind neben Auslastung/Belastung, alternative Beschäftigung usw., auch die Betriebsnutzungszeit (BNZ) für die kommenden Jahre (nachzulesen im BR Profil extra). Im 99seitigen Geheimpapier der Werkleitung, das dem Betriebsrat seit Wochen vorliegt und der Belegschaft vorenthalten werden soll, gibt die Werkleitung schon ihre Marschrichtung vor: Jahresstückzahlen von über 400.000 Einheiten sollen von der Belegschaft in den nächsten Jahren gebaut werden. Wo die Werkleitung ihre Zukunftsprognosen her hat, ist uns nicht bekannt (wahrscheinlich steht im achten Stock die Zauberkegel des Magiers Kellermann & Co). Eins ist uns aber allen klar, dass diese geplante Anzahl von Autos, sollten diese je verkauft und gebaut werden, auf unsere Lebensqualität innerhalb und außerhalb der Firma große Einschnitte haben wird.

Die Werkleitung wird versuchen, die Betriebsnutzungszeit nach reiner Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzusetzen. Für sie ist die Festlegung der Arbeitszeit von Montag bis Freitag im Tarifvertrag schon immer ein Dorn im Auge. Und da wird zwangsläufig der Fokus der Verhandlungen in der Arbeitsgruppe Betriebsnutzungszeit liegen. In dieser Arbeitsgruppe wird auch der Bevollmächtigte der IG Metall Volker Stahmann mitarbeiten. Wir erwarten, dass er seine unüberlegten Äußerungen bezüglich 6-Tage Produktion und individueller 5-Tage-Woche zurücknimmt und

die fünf Tage Woche von Montag bis Freitag vertritt. Wer über Belastung am Arbeitsplatz und demographischen Wandel redet und ernst genommen werden will, kann nicht über einen Regelsamstag mit Früh und Spätschicht nachdenken, geschweige denn Verhandlungen mit der Werkleitung darüber aufnehmen. Jeder Preis um die 400.000 Autos zu bauen, ist zu hoch für unsere Gesundheit, für unser Leben nach der Knüppel-Arbeit am Band im 67-Sekunden-Takt. Die Unterzeichner des Flugblattes werden Vereinbarungen, die unsere Arbeitskraft, unsere Lebensqualität vernichten, nicht zustimmen.



Beispiel auf dem Werksgelände

Die Deutsche Bahn hat Firma Altmann über Werkvertrag angeheuert. Diese hat wieder ein Subunternehmen beauftragt. Zwei Kollegen müssen die PKWs, die auf die Bahn verladen werden, festzurren. Die Kollegen haben keinen Umkleideraum oder Spind. Das erste Foto zeigt den Schrank draußen, wo ihre Arbeitsklamotten sind und diesen Verschlag auf dem zweiten Foto nutzen sie zum Umziehen, für Pausen und als Schutz vor Regen.

Leiharbeit und Werkverträge gehören verboten.



Weitere Fremdvergaben geplant!

Im Geheimpapier werden auch die, für die Zukunft geplanten Fremdvergaben bis 2019 vorgestellt. Unter dem Stichwort Make-or-Buy (Eigenfertigung oder Fremdbezug) sind uns weitere Fremdvergaben benannt worden. Es soll sich um folgende Gewerke handeln: Rohbau, Montage, Logistik und Presswerk.

So soll im Rohbau unter anderen der Hauptboden (Z1), Seitenwand innen, Dachrahmen und das Heckmittelstück (Z2), sowie ein Großteil der Unter-ZBs (Kleinteile) auf der Giftliste stehen. Mögliche Umsetzung jeweils bei Bau-reihenwechsel, das heißt wenn neue Anlagen aufgestellt werden. Dies gilt analog auch für das Presswerk. Im Montage Zielbild stehen vier von acht Vormontagen auf der Liste. Unter anderem Frontmodul und Cockpit-Vormontage. In der Logistik stehen der interne Werktransport, die Supermärkte, der Versand und der noch vorhandene Rest der Presswerklogistik auf der Streichliste. Fragt doch einfach im Gruppengespräch mal nach Informationen seitens der Führungskräfte, wie Abteilungsleiter oder Centerleiter.

Wer darauf hofft, dass der Betriebsrat das schon regelt, wird enttäuscht werden, das sollte jedem Gewerkschafter klar sein. Auch wer meint, sich nur mit den Auswirkungen

der Fremdvergabe zu beschäftigen und sonst auf den Gesetzgeber vertraut, der wird bis zum Sanktnimmerleinstag warten. Denn wer glaubt, das Allheilmittel heißt Mitbestimmung bei Fremdvergaben, der weiß entweder nicht wovon er spricht oder er erkennt nicht in welchem Wirtschaftssystem wir leben. Kämpfen müssen wir als Gewerkschafter für ein generelles Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit, denn es geht hier nicht nur um die Profitgier der Werkleitung, sondern vor allem um die Spaltung der Belegschaften. Es wird immer schwerer werden, gewerkschaftliche Forderungen bei einer gespaltenen Belegschaft (Leiharbeiter, Werkverträge und Stammbesellschaft)

durchzusetzen. Das sind die wahren Ziele der Werkleitung hier in Bremen und in allen anderen Fabriken in der BRD. Alles andere ist eine Verschleierung der tatsächlichen Zustände, die an moderne Sklaverei bei diesen Beschäftigungsformen erinnern.

Wir brauchen wieder eine kämpferische Gewerkschaft, die nicht nur als Versicherungsinstitut bei den Kollegen wahrgenommen wird, sondern die sich konsequent vor die Kollegen bei Arbeitskämpfen stellt, auch wenn diese vom Arbeitgeber illegalisiert werden. Wer nicht voran geht, läuft der Geschichte hinterher. Nur wer sich seine Rechte nimmt, wird diese auch erweitern.

Abmahnungsterror

Während der Werkleiter letztes Jahr, die von ihm eingeladene Presse leutselig wissen ließ, dass die „Kommunikation“ mit den Kollegen in Bremen besser werden muss, wenn man ihnen das Fell über die Ohren ziehen will, ohne dass die aufmucken, waren Personalchef Baack und seine wackeren Männer schon dabei, Einzelverhöre durchzuführen und 761 Abmahnungen zu schreiben. Per Einschreiben in's Haus geschickt, sozusagen mit der gezielten Absicht, eine Lunte unter den noch festlich geschmückten Weihnachtsbaum zu legen. Eigentlich ein Grund, die Störer des häuslichen Friedens abzumahnern, wenn nicht sogar rauszuschmeißen.



Wer unsere Kollegen erlebt hat, wie sie bei den Verhören durch „Personalbürokollegen“ reagiert haben, kann nur hochachtungsvoll den Hut ziehen. Auch bei Drohungen wie: „es geht um ihren Arbeitsplatz“ oder Aufforderungen zum Denunziantentum, gaben unsere Kollegen in diesen Verhören immer klar zu verstehen, dass sie zu ihrer Aktion stehen. Nach dem Motto, wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt, wurde es den Verhörern dann auch schnell klar, das Denunziantentum in der Bremer Belegschaft nicht zu finden ist. Wir können nur jedem Kollegen auffordern, seine Personalakte einzusehen um das Verhörprotokoll

einzusehen. Das hochrangige Rechtsanwältin sich der Thematik „kollektives Informationsrecht“ von Belegschaften annehmen, zeigt welche Außenwirkung diese Aktion gegen Fremdvergabe und Leiharbeit hat. Auch über 60 Solidaritätsschreiben aus aller Welt gegen die Fremdvergabe und den Abmahnungsterror sprechen für sich.

761 Abmahnungen

Die Haltung der Kollegen hatte zuvor schon ein Vertrauensmann kurz und bündig auf den Punkt gebracht: *„Ihr könnt mit dieser Abmahnung zwei Dinge machen: Ihr könnt Euch einmal den Arsch damit abwischen; das Zweite: Ihr könnt Euch dieses Ding einrahmen an eine Wand, damit Eure Kinder lernen, den aufrechten Gang zu gehen“...*

Was nun?

Das Management hat sein Recht wahrgenommen, kaltschnäuzig über das Schicksal von über 140 Logistik-Kollegen zu entscheiden. Wie es sich auch das Recht nimmt, über die Arbeitskraft, über die Gesundheit, über das Familienleben Tausender von Arbeitern mit seinem Raubpaket zu bestimmen.

Wir haben unser Recht (besser: unsere Pflicht) wahrgenommen, unsere Arbeitskraft, unsere Gesundheit, unser Familienleben zu verteidigen, dafür mit unseren Mitteln zu kämpfen. So einfach ist das. Ihr Recht gegen unser Recht.

Ihr Recht basiert allein darauf, dass sie die Fabriken besitzen und unsere Arbeitskraft ausbeuten, ohne dass sie jemals in ihrem Leben selbst einmal auch nur eine einzige Schraube hergestellt haben.

Unser Recht besteht darin (weil wir schließlich, trotz harter Arbeit, nichts besitzen, als unsere Arbeitskraft), dass wir pfleglich damit umgehen. Für uns, unsere Familien und unsere Zukunft.

Wenn wir also zusammenhalten, können sie sich Finger wund schreiben mit Abmahnungen – sie wären null und nichtig und das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben sind. Wenn wir kuschen und uns auseinander dividieren lassen, dann haben sie ihr Ziel erreicht. Dann haben sie freie Bahn für ihr Raubpaket und für weitere Raubpakete. Das mag **ihre** Vorstellung von Zukunft sein, bestimmt aber nicht die **unsere**.

„Daimler-Streik: IG Metall auf Abwegen

Stellungnahme des Bevollmächtigten total absurd und falsch!

In den Augen des IG-Metall-Bevollmächtigten mutiert diese bescheidene Arbeitsniederlegung von 1300 Beschäftigten vom "wilden Streik" zum "politischen Streik", zum "Streik mit politischen Zielen" und schließlich zum Generalstreik mit "französischen Verhältnissen".

Und das alles, weil es angeblich "um die Abschaffung der Leiharbeit" ging. Wie bitte? Es ging um Outsourcing und Fremdvergabe an Werkvertragsfirmen. Also um Forderungen auf Reduzierung von Werkverträgen in d i e s e m Betrieb! Daran ist nichts "französisch" und erst recht ist daran nichts aber gar nichts was mit einem politischen Streik oder gar einem Generalstreik zu tun haben könnte. Im Gegenteil:

1. Das Bundesarbeitsgericht hat in einer Entscheidung von 2012 die "Einheit der Belegschaft" als Rechtsprinzip anerkannt, indem es ausdrücklich jede Leiharbeit als Ausnahme-Beschäftigungsform charakterisierte. Das gilt auch für Scheinwerkverträge. Andererseits hat das BAG mehr oder weniger die Bestimmungen im AÜG über illegale Leiharbeit für sanktionslos erklärt. Und der Gesetzgeber redet aber handelt nicht. Was die Daimler-Arbeiter dort forderten, war also nichts anderes als die EINHALTUNG ANERKANNTER ARBEITSRECHTSTANDARDS IN IHREM BETRIEB! Das war zulässig und legitim. Arbeitsrechtler nennen das die "kollektive Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts der Arbeitskraft".

2. Der "wilde Streik" ist rechtswidrig? Seit wann? Und: Durch wen? Ist das einhellige Meinung unter Juristen? Nein: Noch Anfang der 1970er Jahre gab es eine Vielzahl von Stimmen, die ihn n i c h t als rechtswidrig ansahen.

Gegen die Illegalisierung des spontanen Streiks sprachen sich nicht etwa nur "linke Arbeitsrechtler" (wie Däubler, Mayer, Heilmann, Wahsner, Dammann, Geffken) aus, sondern durchaus auch liberale oder konservative Vertreter der Zunft (wie Albrecht Zeuner, Rütters, Thilo Ramm, Seiter). Dabei wurde dem spontanen Streik ausdrücklich für den Fall ein legaler Charakter zugesprochen, wenn die zuständige Gewerkschaft ihrer Aufgabe nicht oder nicht mehr gerecht geworden sei ...

3. Die Begründungen für die Legalität des spontanen Streiks sind unterschiedlich. Ganz überwiegend aber wurde und wird darauf verwiesen, dass auch spontane Arbeitsniederlegungen als "ad-hoc-Koalitionen" zu gelten hätten. Schließlich stünde das Streikrecht als Grundrecht auch einzelnen Beschäftigten zu und immerhin werde ja auch der spontane Streik als kollektives Geschehen aus Sicht der Rechtsprechung dann legal, wenn er nachträglich von einer Gewerkschaft übernommen werde. Hinzu kommt, dass solche Arbeitsniederlegungen - sie oben - auch als "kollektives Zurückbehaltungsrecht" als legal betrachtet werden können.

Die Stellungnahme von Herrn Stahmann ist also nicht nur unsolidarisch und falsch, sie ist auch zutiefst absurd. Anstatt sich zum Hüter reaktionärer Arbeitgebermeinungen zu machen, sollte er sich schleunigst mit den berechtigten Anliegen der Streikenden befassen. Es könnte sonst sein, dass plötzlich solche Arbeitseinstellungen gerade unter Hinweis auf "gewerkschaftliche Untätigkeit" demnächst für legal erklärt werden"

RA Dr. Rolf Geffken, Fachanwalt für Arbeitsrecht

(Bitte abtrennen und zu Hause abgeben!)

An die Familien

Liebe Familienmitglieder,

Eure Weihnachtsruhe wurde böswillig gestört, weil einer von Euch dabei war beim Streik und gekämpft hat für sich und für die ganze Familie. Damit die Miete bezahlt werden kann, damit das Essen auf dem Tisch steht, damit dies alles auch morgen noch möglich ist. Hätte er/sie nicht gekämpft, was sollten morgen die Kinder zur Antwort kriegen, wenn sie fragen: Warum hast Du nichts dagegen gemacht, dass meine Zukunft entweder Leiharbeit oder Hartz IV heißt? Ja, die Kollegen haben gestreikt gegen Fremdvergabe und Leiharbeit. Sie haben gestreikt gegen

das Raubpaket der Daimler-Herren, das nicht nur die Gesundheit gefährdet (Arbeitshetze bis zum Umfallen), das noch weniger Familienleben zulässt (Sonderschichten, flexible Arbeitszeiten), das noch weniger Geld bedeutet.

Ja, mit meiner Unterschrift unterstütze ich diesen Kampf und fordere die sofortige Rücknahme der Abmahnung!

Unterschrift

Solidaritätsadressen an die Streikenden / Abgemahnten Kollegen von Daimler in Bremen

- Weltgewerkschaftsbund, Europäisches Regionalbüro
- Ein shop steward aus dem Mercedes Benz Werk Südafrika
- PAME, Griechenland
- Pol de Renaissance Communiste en France, Frankreich
- Gewerkschaftsverband Uruguay
- Industriegewerkschaft Cuba
- CGT-FNAF, Frankreich
- Metallarbeiter-Gewerkschaft Serbien
- Verschiedene russische Gewerkschaften
- Leningrader Komitee der RCWP und Arbeitergewerkschaft Zashita, Russland
- Pakistan Labour Federation, Pakistan
- UNTMRA, Uruguay
- Pakistan Labour Federation, Pakistan
- MSZOS, Ungarn
- Alternative, Daimler Sindelfingen
- NUMSA, Südafrika
- Central de Trabajadores de Cuba
- VK-Leiter, Schneider-Electric, Regensburg
- FNTE, Mexico
- VKL- und BR-Mitglied, Continental Teves, Frankfurt
- jourfix, Hamburg
- VK-Leiter, Mahle, Stuttgart
- Metall-Arbeitslosen-Initiative, Frankfurt
- ver.di – Betriebsgruppe Uniklinik Frankfurt
- „Emmely“, Berlin
- General Union of Palestine Workers
- Dr. Rolf Geffken, Hamburg
- Über 20 Griechische Gewerkschaften und Verbände
- UITBB (Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie)
- Dr. Karl Heiz Roth, Bremen
- Teamer-Arbeitskreis, ver.di Köln
- LAB, Baskenland
- Ali Yüce, Hamburg
- VKL, Manroland Offenbach
- Unterschriftensammlung Ford Köln
- GoG Opel Bochum
- ver.di-Jugend Mittelfranken
- Unterschriftensammlung München-Milbertshofen
- Unterschriftensammlung Bremen-Gröpelingen
- Rainer Knirsch (ehem. BR-Vorsitzender BMW), Berlin
- Basis Initiative Solidarität, Wuppertal
- Peter Kowsky, Hamburg
- Solikreis Ford Köln
- alternative Daimler Werk Hamburg
- Freie Deutsche Jugend, Gruppe Bremen
- alternative Daimler Werk Untertürkheim
- Vorstand des ver.di-Ortsverein Hamburg, Fachbereich Medien und Kuns

2. MEETING GEGEN DIE 761 ABMAHNUNGEN

**Am Montag, 2. Februar, um 19.30 Uhr
Im Bürgerhaus Hemelingen, Godehardstr.**

Wir werden dort informieren, wie der Stand ist, welche Solidarität und Unterstützung wir bekommen und vor allem wollen wir beraten, wie es weitergeht.

Die 761 Abmahnungen müssen weg!



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, PW (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel. 6679) / und viele andere

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de / Spenden: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt [01.15]